

Betriebszeitung der IG Metall-Vertrauensleute und -BetriebsrätInnen der Robert Bosch GmbH und Automotive Lighting GmbH, Reutlingen

ANPFIFF!



**HERVORRAGENDE BETEILIGUNG BEI
PROTESTAKTION - BELEGSCHAFT
POSITIONIERT SICH DEUTLICH FÜR
KURSWECHSEL - VERHANDLUNGEN MIT
LEITUNG TERMINIERT - JETZT AM BALL
BLEIBEN FÜR UNSERE FORDERUNGEN**



Ablauf der Ereignisse am Standort Reutlingen

18.3.2010	Eröffnung 200 mm Waferfab und Testzentrum	S. 2
11.6.2010	Leitung: Bis 2014 keine Azubi-Übernahme	S. 3
24.6.2010	Leitung: Personalabbaupläne für 2010	S. 3
	Presseartikel zum Thema	S. 3
23./28.9.2010	AE/P-Info: Personalüberhang für 2011	S. 3
5./11.10.2010	Betriebsversammlungen	S. 4
20.10.2010	Aufruf zur Protestaktion	S. 4
20.10.2010	Grußworte zur Protestaktion	S. 4+5
1984 - 2010	Standortposter - starke Geschichte in Bildern	S. 6+7
20.10.2010	Resolution: Forderungen bei Protestaktion	S. 8
20.10.2010	Presseartikel über Protestaktion	S. 8
28.10.2010	Bosch-Pressetext im GEA	S. 9
29.10.2010	Leserbrief zum GEA-Artikel	S. 9
8.11.2010	Beginn der Verhandlungen	S. 9
11/2010	in+direkt-letzte Seite mit Nachrichtenticker	S. 10
13.11.2010	Demo Stuttgart für Kurswechsel der Politik	S. 11+12



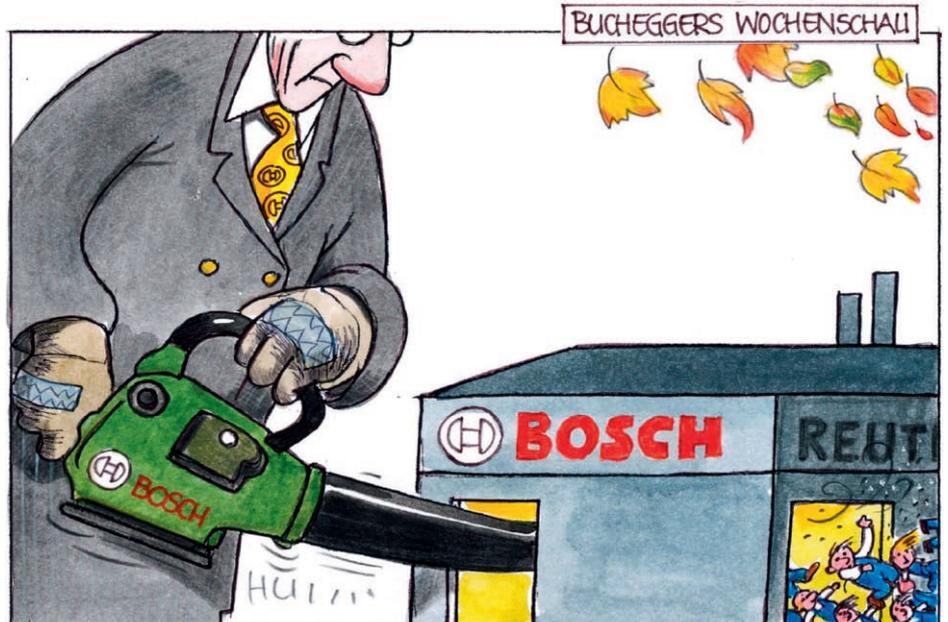
Reutlingen, 18. März 2010: Feierliche Eröffnung von 200 mm Waferfab und neuem Testzentrum

Da strahlen sie noch alle um die Wette.

Von links: Christoph Kübel (AE/P - Chef von Automotive Electronics), Hermann Scholl (AI - Chef des Aufsichtsrats), Stefan Mappus (Ministerpräsident von Baden-Württemberg), Horst Köhler (Ex-Bundespräsident), Franz Fehrenbach (GI - Vorsitzender der Geschäftsführung) und Volkmar Denner (G 21 - Mitglied der Geschäftsführung).

AUS DER AKTUELLEN PRODUKTION: Der Personalentsorger mit 190 Menschen Blasleistung

von Sepp Buchegger am 16.10.2010 im Schwäbischen Tagblatt.
Danke für die freundliche Abdruckgenehmigung von Karikaturist und Verlag!



in+direkt intern:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Reaktion der Reutlinger Belegschaft auf all die Themen, die unseren Unmut schüren und die Diskussionen und den Ärger anhalten lassen, war beeindruckend. Land auf Land ab wird gefragt, was da wohl in Reutlingen los ist. Wir meinen völlig zu Recht!

Die Reutlinger Belegschaft hat in der Vergangenheit einen öffentlichen Protest immer nur als letzten Ausweg gesehen und genutzt. Das war auch im Oktober so. Interessant sind dazu die Pressemitteilungen und die Stellungnahmen von Bosch.

Wir wollen mit dieser Sonderausgabe die Protestaktion vom 20. Oktober Revue passieren lassen und sie in Verbindung zu den Ereignissen stellen. Wer meint, einen Standort wie den Reutlinger still und heimlich in seinen grundlegenden Strukturen verändern und Personalabbau betreiben zu können, hat sich getäuscht. **Das können und das werden wir nicht einfach so hinnehmen.**

Wir haben während der Wirtschaftskrise die Arbeitszeit abgesenkt, auf Entgelte verzichtet, um die Krise gemeinsam ohne Kündigungen zu meistern. Nun will die Reutlinger Leitung Strukturen

verändern und dazu die Wirtschaftskrise nutzen, um dauerhaft Arbeitsplätze am Standort zu vernichten. Ihre Entscheidung des Personalabbaus hat die Standortleitung am 24.6.2010 offiziell verkündet und bei den AE/P-Inforunden am 23. und 28.9.2010 nochmals bekräftigt, in denen auch von einem angeblichen Personalüberhang von 180 MitarbeiterInnen in 2011 die Rede war.

Die von der Leitung begonnene Strategie, Köpfe auf Biegen und Brechen abzubauen und dabei die Schuld auf einzelne Beschäftigungsgruppen zu lenken, fordert bereits jetzt ihren Tribut. So sind ‚Trennungsgespräche‘, die als ‚Personalgespräche‘ tituliert werden, an der Tagesordnung. Und bezahlte Erholungen werden als Kostenfaktor des Standortes Reutlingen dargestellt, der scheinbar jegliche Investition unmöglich erscheinen lässt.

Und das scheint erst der Anfang zu sein. Im Zeitalter der vernetzten Systeme ist es anscheinend zwingend notwendig, den Einkauf und die Qualitätssicherung nicht nur fachlich, nein, auch räumlich zu zentralisieren. Das muss auch anders gehen. Mehr Innovation hier einfließen zu lassen und die Beschäftigten besser in dem Prozess mitzunehmen, ist mehr als gerechtfertigt.

Der Hammer aber ist und bleibt, dass bei Bosch in Reutlingen in den nächsten Jahren keine Auszubildenden mehr

unbefristet übernommen werden sollen. Dies hat uns die hiesige Leitung am 11.6.2010 erstmals verkündet. Das versteht nun gar kein Beschäftigter mehr, was unter anderem dazu geführt hat, dass MitarbeiterInnen mit bei der Protestaktion waren, die bislang von diesem Weg sich eher distanziert hatten. Dies sind die Themen dieser Sonderausgabe **in+direkt**, sie bekräftigen nochmals unser Nein zum pauschalen Anheben des Renteneintrittsalters im Rahmen der Rente ab 67 und dem sozial unausgewogenen Sparpaket von Frau Merkel am Protesttag der DGB-Gewerkschaften am Samstag, 13. November in Stuttgart.

Mit unserer neuen Betriebszeitung wollen wir Danke sagen an alle, die sich solidarisch erklären und mithelfen, unsere Ziele als Belegschaft zu erreichen. Der 20.10.2010 hat vieles verdeutlicht:

Die Belegschaft ist durch den Weg der Leitung verärgert und lässt sich nicht spalten. Sie steht hinter dem Betriebsrat und dessen Konzepten. Die IG Metall ist die treibende unterstützende Kraft der Veränderung. Sie hält Wort und ruft, wenn es notwendig ist, auch zu Protestkundgebungen auf, um den notwendigen Druck für die Verhandlungen zu erzeugen. So fordert die Belegschaft einen Kurswechsel sowohl am Standort Reutlingen ein, als auch in der Politik.

Schwäbisches Tagblatt 13.10.2010

MITTENGELSTUNGEN

Wer würde auf den ersten Blick hin nicht unsicher, würde man ihm ein Angebot über 100000 Euro, oder – je nach Höhe des Verdienstes und der Betriebszugehörigkeit – vielleicht sogar über 160000 Euro unterbreiten, um

Bosch: Große Summe, kleines Polster

ihm damit seinen Arbeitsplatz abzukaufen? Tatsächlich handelt Bosch mit solchen Summen. Kleinlich scheint das nicht. Man lässt sich den Arbeitsplatzbau durchaus etwas kosten. Aber eine sichere Grundlage für die Zukunft des Empfängers sieht anders aus, vor allem, wenn er eine Familie zu ernähren hat.

Denn was sind denn im besten Falle 160000 Euro, von denen vielleicht 90000 Euro nach Steuern und dem Abzug der Sozialversicherungsbeiträge übrig bleiben, wenn es obenstehend ein halbes Jahr kein Arbeitslosgeld gibt? Und was es ernsthaft zu bedenken gilt: Mit 54 Jahren findet man keinen Job mehr. Was auf den ersten Blick wie ein großzügiges Angebot aussieht. Die eckelsteckende Summe ist ein kleines Polster, das spätestens nach drei, vier Jahren aufgebraucht ist. Wer also kann unbedenklich darauf eingehen: nur derjenige, der sich einen Arbeitsplatz schon in Aussicht hat. Also Vorsicht noch mal, damit niemand Bosch auf den Leim geht.

Aber sind wir nicht alle dem Konzern auf den Leim gegangen, als das Unternehmen mit großem Brimborium das Reutlinger Chip-Werk eröffnete? Haben uns die Feststager nicht den kritischen Sinn vernebelt in der blinden Hoffnung, dass wir es mit einem gemeinden. Ja sogar

wohlätigen Weltunternehmern zu tun haben? Wie konnten wir nur hehre Sätze schreiben angesichts der Tatsache, dass sich Bosch sogar in Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs von langjährigen, treuen Mitarbeitern trennen will – Sätze, wie diesen hier:

„Indes liefert Bosch in seiner Geschichte Beispiele für gelungene Anpassung. Eines davon betrifft die Pumpe-Düse-Produktion in Rommelsbach, die im Sommer vergangenen Jahres mangels weiterer Nachfrage eingestellt wurde. Wie damals die von Gminder übernommene Belegschaft, machte Bosch seine Rommelsbacher durch Umschulung für neue Aufgaben fit.“ Heute wissen wir, wie das gemeint war.

Wie zuversichtlich klangen doch die Einschätzungen am 16. März. Beschwor man nicht die Zukunft des Standorts, ließ es nicht, dass dieser weit über die Region hinaus ausstrahlte und in den nächsten Jahren sogar einen Zuwachs an Arbeitsplätzen verspreche? Und dass Bosch mit der Investition in Reutlingen die Grundlage für einen gewaltigen Absatzmarkt gelegt habe?

190 Arbeitsplätze in diesem Jahr, möglicherweise noch einmal 190 im nächsten. Das ist für die ganze Region Neckar-Alb ein Schlag. Und es scheint ist, dass die jungen Auszubildenden einer Hoffnung beraubt sind. Die Belegschaft wird sich das nicht gefallen lassen. Dass sie streitbar ist und zusammen mit der IG Metall nicht zupferlich, hat sie immer wieder bewiesen. Wir können davon ausgehen, dass in den nächsten Tagen schon Fahren geschehen werden. Und wir sind sicher, dass es nicht nur die Leute von Bosch sind. **BERND ULRICH STEINHILBER**

Bosch baut massiv ab

Noch in diesem Jahr sollen in Reutlingen 190 Arbeitsplätze wegfallen

Noch im März nahm Bosch das neue Reutlinger Chip-Werk in Betrieb. Kein Geringerer als der Bundespräsident durfte es sein, der das Halbleiterwerk, fasziniert von der neuen Technik, feierlich eröffnete. Für die Mitarbeiter hat der Glanz am Montag Patina angelegt: Bosch will 190 Arbeitsplätze abbauen.

BERND ULRICH STEINHILBER

Reutlingen. Was man sich auf der Chef-Enge des Konzerns ausgedacht hat, wurde den 6700 Mitarbeitern – darunter nicht wenige aus dem Landkreis Tübingen – am Montag bei einer Betriebsversammlung unterbreitet. Wie uns gestern Nachmittag Betriebsratsvorsitzender Daniel Müller auf Anfrage mitteilte, wolle das Unternehmen noch in diesem Jahr 190 Arbeitsplätze aufheben. Man versuche, den Leuten den Abschied von Bosch mit Abfindungsangeboten schmackhaft zu machen. O-Ton IG-Metall-Gewerkschaftssekretär Ernst Blinzinger: „Die Leute werden massiv unter Druck gesetzt.“

Auf keinen Fall allein verhandeln

Begründet werde der Schritt mit „Facharbeiterüberhang“. In Reutlingen seien zu viele in der Produktion beschäftigt. Tatsächlich handle es sich, nach Auffassung

der Konzernleitung, sogar um einen Überhang von über 300 Facharbeitern, sagte Müller. Blinzinger hält es sogar für möglich, dass Bosch im Jahr 2011 weitere 180 Arbeitsverträge „einvernehmlich“ auflösen möchte. Für die nächsten drei bis vier Jahre sollen keine Auszubildenden (derzeit 72 pro Jahr) übernommen werden. Doch so einvernehmlich sei das alles gar nicht, denn die Mitarbeiter wüssten über die Tragweite des Auflösungsvertrages oft nicht Bescheid, meint Blinzinger. Er rät deshalb dazu, immer einen Betriebsrat mit in die Verhandlungen einzuschalten. Tatsächlich würden die Leute mit einer Brutto-lohn-Abfindung abgespeist, was so viel heißt wie: Die Abfindung ist zu versteuern und sozialversiche-

rungspflichtig. Und weil es sich um keine Kündigung, sondern um einen einvernehmlichen Aufhebungsvertrag handele, verkürze sich nicht nur die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes um drei Monate. Möglicherweise werde es erst nach eine Ruhezeit von sechs bis sieben Monaten überhaupt ausbezahlt.

Der Betriebsrat sieht genug Arbeit für alle

„Nach unseren Berechnungen stimmt das mit dem Überhang nicht“, sagte Müller. „Es gibt genug Arbeit für alle – und wir brauchen die Azubis.“ Tatsächlich wolle man in Reutlingen nicht mehr

die bisherigen Mengen produzieren, glaubt der Betriebsratsvorsitzende. An eine Verlagerung der Reutlinger Produktion ins Ausland sei derzeit aber nicht gedacht. Geplant werde von Bosch allerdings – so der feine Unterschied –, im Ausland neue Produktionslinien anlaufen zu lassen.

Was Müller besonders ärgert, ist das Argument der Geschäftsleitung, dass der Überhang von Facharbeitern vor allem durch die Integration der Rommelsbacher Belegschaft nach der Schließung ihrer Produktionsstätte entstanden sei. Tatsächlich habe sich der Konzern beim Bau des Chip-Werkes verpflichtet, die Rommelsbacher Belegschaft, aber auch die Mitarbeiter der Arbeitsbereiche „Dioden“ und „Keramiken“ – zusammen 1200 – zu integrieren.

Statt dessen müssen sich die (noch) 6700 Beschäftigten warm anziehen. Denn die Konzernleitung wolle die Art auch an die Erholungsphase – die so genannte Steinkühler-Pause – anlegen. Blinzinger hat schon mal hochgerechnet: „Das hat ein Volumen von 350 bis 400 Arbeitsplätzen.“

Von Arbeitsplatzabbau war im März, als in Reutlingen das 600 Millionen Euro teure Chipwerk eröffnet wurde, noch keine Rede. Dafür aber von einer rosigen Zukunft: Der Anteil der Mikrochips allein in den Autos werde sich bis 2020 verdoppeln, sagte Konzernchef Franz Fehrenbach, und als die Rede auf die Übernahme einer Auszubildenden kam: „Wir werden das schon etwas finden.“

Siehe „Mit Englezungen“ auf dem Reutlinger Blatt



Entl. Sonnenschein im März dieses Jahres, als mit großem Bahnhof das neue Chipwerk eröffnet wurde: Ministerpräsident Stefan Mappus, Staatschef Horst Köhler und Bosch-Boss Franz Fehrenbach (von links). Archivbild: Haas

Wir werden weiter am Ball bleiben müssen, wollen wir hier am Standort Reutlingen und in Berlin ein Umdenken der Verantwortlichen erreichen. Der nächste Protesttag ist der 13. November 2010. Hier werden wir unsere Forderungen nach Stuttgart tragen.

Mit kollegialen Grüßen, Ihr Betriebsratsvorsitzender und IG Metall-Vertrauensmann **Daniel Müller**

13.11. Schloßplatz Stuttgart Kurswechsel für ein gutes Leben

Solidaritätsadressen zur



Robert Bosch GmbH
Reutlingen



Aufruf an alle Beschäftigten zur **Protestaktion**

Mittwoch, 20. Oktober 2010 ab 9:45 Uhr,
Tübinger Strasse zwischen Tor 1 und 2,
Busabfahrt Kusterdingen, Eberle, Blessoff: 9:30 Uhr

**GEGEN DEN MASSIVEN ABBAU VON
ARBEITSPLÄTZEN AM STANDORT VON
ROBERT BOSCH IN REUTLINGEN!**

- **FÜR** die Übernahme unserer Azubis!
- **FÜR** eine Beschäftigungsbrücke zwischen Jüngeren und Älteren!
- **FÜR** den Verbleib der Beschäftigten im Einkauf!
- **FÜR** einen Stopp der Trennungsgespräche!
- **FÜR** den Erhalt der bezahlten Erholpausen!
- **FÜR** Investitionen in neue Produktanläufe in Reutlingen!



FÜR EINEN STANDORT MIT ZUKUNFT!

VISdP.: Thorsten Dietter, Leiter des IG Metall-Vertrauenskörpers Bosch Reutlingen

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Heike Hänsel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Heike Hänsel, MdR - Am Lustnauer Tor 4 - 72074 Tübingen

Wahlkreisbüro:
Am Lustnauer Tor 4
72074 Tübingen
(07071) 208810
(07071) 208812
heike.haensel@wlk.bundestag.de
www.heike-haensel.de

Tübingen, 20. Oktober 2010

Solidaritätsadresse

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich bin momentan in Afghanistan und kann daher nicht persönlich vor Ort sein. Ich möchte euch aber auf diesem Wege meine solidarischen Grüße zukommen lassen und euch meine Unterstützung zusichern.

Ich unterstütze euren Kampf gegen Arbeitsplatzabbau am Standort Reutlingen. Ihr Beschäftigten habt in der Krise Einbußen hingenommen, um eure Arbeitsplätze zu sichern. Es ist ein Skandal, dass die Standortleitung jetzt, wo die Krise überwunden ist, Arbeitsplätze abbauen will und so auf dem Rücken der Beschäftigten die Gewinne steigern will. Ich finde es super, dass ihr euch von der Bereichsleitung nicht einwickeln lasst: Kämpfen ist das Gebot der Stunde – das zeigt auch der Kampf der Beschäftigten in Frankreich gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters von 60 auf 62.

Ich wünsche euch einen guten Kampf und uns allen einen heißen Herbst, hier in Reutlingen und am 13.11. bei der Großdemonstration des DGB in Stuttgart: gegen die Rente mit 67, gegen die Kopfpauschale und die falsche Sparpolitik der Bundesregierung.

Beste Grüße

Heike Hänsel, MdR

Solidaritätsbekundung

An die Reutlinger Boschkolleginnen und Kollegen

Wir unterstützen Eure Aussage voll und ganz, wenn man bedenkt dass der Arbeitgeberverband von einem Fachkräftemangel von 300 Tausend ausgeht ist es nicht nachvollziehbar die gut ausgebildeten Jungfacharbeiter nicht zu übernehmen. Es ist unser Pflicht für den Erhalt, aller Arbeits- und Ausbildungsplätze zu kämpfen. Auch den Erhalt der Steinkühlerpause sehen wir für richtig an, da gerade bei Bosch wieder sehr intensive an der Produktivitätsschraube nach oben gedreht wird und es immer noch keine Arbeitsplätze für Mitarbeiter mit 67 Jahren gibt. Was folglich den von Euch beschriebenen Arbeitsplatzabbau bedeuten würde.

Fragen muss man sich schon, wo ist dass von der Boschiführung oft gepriesene Sozialverhalten gegenüber seinen Mitarbeitern. Oder steht auch im Boschkonzern der Gewinn über allem.

Wir sind mit dem Herzen bei Euch und wünschen Euch viel Erfolg, da ein Erfolg bei Euch immer auch einen Erfolg für die anderen Boschstandorte bedeutet.

Solidarische Grüße vom Bosch Kunststoffwerk Waiblingen sendet Euch die VKL und der BER.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Kroner
VKL/BER

Waiblingen, den 18.10.2010

Solidaritätsadresse des Gesamt- und Konzernbetriebsrats (GBR/KBR) von Bosch

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

eigentlich haben wir für Reutlingen eine gute Lösung gefunden. Durch den gleichzeitigen Ausbau der Halbleiterteilerei konnten wir der Rommelsbacher Belegschaft Ersatzbeschäftigung für die Schließung dieses Standortes anbieten, so dass niemand entlassen wurde. Keine Gelegenheit hat die Bosch-Presseabteilung verstreichen lassen, um sich im guten Licht in der Öffentlichkeit zu sonnen. Und wir bekamen von außerhalb oft zu hören: „Ja, Ihr beim Bosch, da hat die Geschäftsleitung halt noch eine soziale Einstellung...“

Die Fakten:

Mit hochflexiblen Arbeitszeiten, z.B. der Konti-Vereinbarung, haben wir in Reutlingen nicht nur die Kosten für das Unternehmen reduziert, sondern auch für eine hocheffiziente Anlagennutzung gesorgt. Im Gegenzug fordern wir jetzt auch den anderen Teil des Deals, den Teil der Geschäftsleitung ein. Und der besteht darin, dass die gegebenen Zusagen auch mit realer Beschäftigung im Reutlinger Werk hinterlegt sind.

Was wir erleben, ist das Gegenteil. Eine Verlagerungsdebatte nach der anderen. Die Krise wurde zum Vorwand genommen, um trotz aller Zusagen Beschäftigung in erheblichem Ausmaß in Frage zu stellen. Sich erst mit sozialem Mäntelchen ins Rampenlicht stellen – und dann die Arbeitsplätze, die einst in Rommelsbach waren, mit unsittlichen Methoden rigoros wegdrücken. **Das lassen wir so nicht durchgehen!**

Falls es sich noch nicht rumgesprochen hat: Die Krise ist vorbei Sie kann nicht mehr als Ausrede für Personalabbau herhalten! Und wir erlauben uns lauthals auf dem Hof und in der Öffentlichkeit – jetzt die gegebenen Versprechungen einzufordern:

1. Der Reutlinger Betrieb muss einschließlich der Rommelsbacher Belegschaft ausgelastet werden – und dann kann es erst um zusätzliche Kapazitäten in anderen Teilen der Welt gehen.
2. Das RfP muss für die Zukunft fit gehalten werden. Und da gehört untrennbar die Ausbildung und unbefristete Übernahme unserer Facharbeiter dazu. Das kann man nicht einfach mal so für ein paar Jährchen aussetzen. Die guten Leute bleiben dann aus – und zwar für sehr lange. Deshalb muss die Auslastungsplanung für das Werk die Übernahme der jungen Leute auch unter den jetzigen Bedingungen mit vorsehen. Auch das ist ein Teil des Handels, den die Standortleitung jetzt einlösen muss.

Für diese Ziele steht Ihr heute zu Recht auf dem Hof... Für diese Ziele, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehört Euch die uneingeschränkte Solidarität des Gesamt- und Konzernbetriebsrats

Geben wir nicht klein bei! Stehen wir für unsere Rechte ein!

Wir sehen uns am 13. November in Stuttgart!

Euer Alfred Löckle (Vorsitzender GBR/KBR)

Protestaktion am 20.10.2010


Beate Müller-Gemmeke
Mitglied des Deutschen Bundestages
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für Arbeitnehmerrechte

Beate Müller-Gemmeke - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin

An die Beschäftigten der Robert Bosch GmbH am
Standort Reutlingen

Berlin
Beate Müller-Gemmeke
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73041
Fax: (030) 227 - 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis
Beate Müller-Gemmeke
Wilhelmstr. 89
72764 Reutlingen
Tel: (07121) - 9092411
Fax: (07121) - 9943186
beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de

Reutlingen, 20.10.2010

Solidarität mit den Beschäftigten der Robert Bosch GmbH

Liebe Beschäftigte der Robert Bosch GmbH,
liebe Vertreter des Betriebsrates,
liebe Vertreter der IG Metall,

als Reutlinger Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen und Sprecherin für Arbeitnehmerrechte und als ver.di-Mitglied möchte ich einige Worte der Solidarität und Unterstützung an euch richten.

Wieder einmal steht dieser Tage die berufliche Existenz von Beschäftigten auf dem Spiel. Die Geschäftsführung hat vergangene Woche bestätigt, dass bis Ende des Jahres 190 Stellen abgebaut werden sollen. 120 Mitarbeiter haben bereits einen Auflösungsvertrag unterschrieben. Und es stehen Befürchtungen im Raum, dass das Streikkonzert im kommenden Jahr weiter geht. Diese Nachricht trifft die Beschäftigten und deren Familien. Und es passt vor allem nicht in die politische Landschaft.

Die Solidarität von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gemeinsam die Krise zu meistern, wird hier einseitig aufgebrochen. In den schwersten Zeiten der Wirtschaftskrise hat das Unternehmen die Unterstützung des Staates gerne in Anspruch genommen. Zeitweise haben bei der Bosch GmbH bundesweit bis zu 100.000 Beschäftigte kurz gearbeitet. Das Kurzarbeitergeld war jedoch mehr als nur ein Geschenk an notleidende Betriebe und es war mehr als nur ein Arbeitslosigkeit-Verhinderungs-Programm. Dem Kurzarbeitergeld lag die Idee gegenseitiger Hilfe zugrunde – es war ein Deal. Der Staat übernimmt einen Teil der Lohnkosten. Die Beschäftigten tragen ihren Teil mit und nehmen Einkommenseinbußen in Kauf. Sie leisten ihren Beitrag zum Überleben des Betriebes. Durch Arbeitszeitverkürzung wird ein Teil der Beschäftigung abgebaut ohne die Beschäftigten abzubauen, so war die Idee. Das hat auch für die Unternehmen handfeste Vorteile. Der Sachverstand, die Kompetenz, das Know-How und nicht zuletzt die Motivation und das Engagement der Beschäftigten bleibt dem Betrieb erhalten. Dieses Angebot staatlicher Hilfen und die Bereitschaft der Arbeitnehmenden zum teilweisen Lohnverzicht ist aber keine Einbahnstraße. Die Unternehmen müssen ihrerseits auch den Deal einhalten und die Beschäftigung hier am Standort auch erhalten.

„Mit allen durch die Krise“ war das Motto und dieses Motto muss weiter Bestand haben. Unternehmen dürfen nicht nur von Solidarität und Verantwortung reden, wenn der Bundespräsident und der Ministerpräsident eine neues Halbleiterwerk eröffnen. Sie müssen der unternehmerischen Verantwortung gerade dann gerecht werden, wenn es gilt, gemeinsam mit der Belegschaft den Weg aus der Krise zu meistern. Wir erleben hier doch einen paradoxen Effekt: Jetzt, da die Konjunktur wieder Fuß fasst, wo wieder überall der Fachkräftemangel beschrieben wird, jetzt werden Fachkräfte entlassen. Das kann und darf nicht sein.

Ich kritisiere auch, dass ein Betrieb dieser Größenordnung seine Auszubildenden nicht übernimmt. Auch das System der betrieblichen Ausbildung beinhaltet eine feine Balance zwischen Arbeitgeber, Arbeitnehmern und nicht zuletzt des Staates. Diese Balance wird erschüttert, wenn die Auszubildenden nicht übernommen werden und sich arbeitsuchend melden müssen. Das ist das völlig falsche Signal an engagierte und qualifizierte junge Menschen. Es ist das falsche Signal angesichts der demographischen Veränderungen und angesichts des Mangels an gut ausgebildetem Personal.

Für eure Kundgebung und die bevorstehenden Auseinandersetzungen wünsche ich viel Kraft, Durchhaltevermögen und viel Erfolg.

Mit solidarischen Grüßen

Beate Müller-Gemmeke
MdB

Lieber Wulf, lieber Thorsten!

Ich wollte Euch nur wissen lassen, dass wir Euch hier bei Modine Pliezhäusen für die Durchsetzung Eurer berechtigten Forderungen alle Daumen drücken, dass wir uns absolut solidarisch mit Euch und Eurer Belegschaft erklären, und dass wir Euch auf dem Weg dahin im Rahmen unserer Möglichkeiten – ähnlich wie heute – selbstverständlich weiter unterstützen werden!

Denn Euer Kampf ist auch unser Kampf! Es geht schließlich um Gerechtigkeit für uns alle! Leider mussten wir bei Modine dieses Jahr auch bereits ähnliche Diskussionen führen - Nur dank unseres entschiedenen Widerstandes konnte bislang Schlimmeres verhindert werden! Aber der Kampf ist auch bei uns noch längst nicht vorüber: Es scheint so, als ob es die Arbeitgeber wissen wollten....

Umso wichtiger erscheint es uns, dass alle Metallerrinnen und Metaller in dieser Sache Einigkeit zeigen, und Seite an Seite stehen, um den Arbeitgebern klar zu machen, dass es so nicht geht!



In diesem Sinne wünschen wir Euch viel Kraft und Durchhaltevermögen! Wir sind bei Euch!



Glück auf!

Betriebsrat, VK und Belegschaft
MODINE Pliezhäusen GmbH

PS: Eure Aktion heute war super! Gut organisiert, Super Redebeiträge und die Trommel hat zusätzlich für die richtige Stimmung gesorgt! Nur die Technik (mit den Mikros) und das Wetter hat leider nicht so ganz mitgespielt....

Liebe Grüße an Alle,

Birgit 



An:
Jugend- und Auszubildendenvertretung BOSCH- Reutlingen
und die IG Metall- Jugend am Standort Reutlingen

Solidaritätsschreiben an die Auszubildenden und die IG Metall – Jugend bei BOSCH in Reutlingen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir als JAV von BOSCH in Feuerbach und als IG Metall – Jugend sind entsetzt über die Entscheidung von Fr. Peters (HRL- Rt), die Auszubildenden in Reutlingen nicht mehr zu übernehmen und erklären Euch daher unsere Solidarität im Kampf um die Übernahme!

Eine Studie der TNS Infratest Politikforschung vom Oktober 2010 zeigt, dass die Junge Generation schon seit längerem von prekären Beschäftigungsverhältnissen überproportional betroffen ist. Diese Entwicklung steigt auch durch Entscheidungen der Robert BOSCH GmbH. Wir als junge Menschen bei BOSCH dürfen dies nicht zulassen! Auch wir sind ein Teil des Unternehmens und wollen Sicherheit und Perspektive!

Auch in Feuerbach wird es bald zu Gesprächen über die Übernahme kommen. Unsere Forderung wird nach fünf Jahren Zurückhaltung wieder die 100% unbefristete Übernahme sein.

Die Krise ist vorbei! Die deutsche Wirtschaft wächst! Und wir steuern auf einen großen Fachkräftemangel in Deutschland zu! Darum unterstützen wir mit diesem Schreiben auch die Forderung der IG Metall- Jugend am Standort Reutlingen!

Übernahme, Förderung und Perspektive für unseren Nachwuchs bei BOSCH!

Wir wünschen Euch und euren Auszubildenden bei BOSCH in Reutlingen alles Gute für die laufende Auseinandersetzung und viel Standfestigkeit!

Mit solidarischen Grüßen

Jugend- und Auszubildendenvertretung BOSCH- Feuerbach (JAV-Fe)
IG Metall- Jugend bei BOSCH in Feuerbach

Betriebsrat und Vertrauenskörper
Robert Bosch GmbH
Werk Bamberg
Robert Bosch Str.40
96050 Bamberg

Bamberg, 29.10.2010



An den Betriebsrat / Vertrauenskörper
Robert Bosch GmbH
Standort Reutlingen

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Im Namen des IG Metall Betriebsrates und Vertrauenskörpers des Standortes Bamberg, wünschen wir Euch viel Erfolg und Durchhaltekraft beim Kampf zum Erhalt eurer Arbeitsplätze.

Wir fordern die Geschäftsführung auf, alle Auszubildenden am Standort Reutlingen wie auch an allen anderen Standorten der GmbH in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu übernehmen.

Nicht nur von Fachkräftemangel sprechen, sondern auch danach handeln lautet das Gebot der Stunde.

Deshalb müssen im Interesse unsere Jugendlichen aber auch der ganzen Gesellschaft die Auszubildenden auch übernommen werden.

Kolleginnen und Kollegen, auch wir in Bamberg haben gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung protestiert.

Rente 67, die unsoziale Gesundheitsreform und die Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen sind ein Irrweg dieser Bundesregierung und müssen umgehend gestoppt werden.

Mit der Solidarität der Bamberger Betriebsräte und Vertrauensleute könnt ihr rechnen.

BER Vorsitzender
Hans Wolff

VK Leiter
Elmar Günthner



MIT DEN ERFOLGEN

DE



GEMEINS



ER VERGANGENHEIT



AM IN DIE ZUKUNFT



Resolution, beschlossen bei der Protestaktion am 20. Oktober 2010

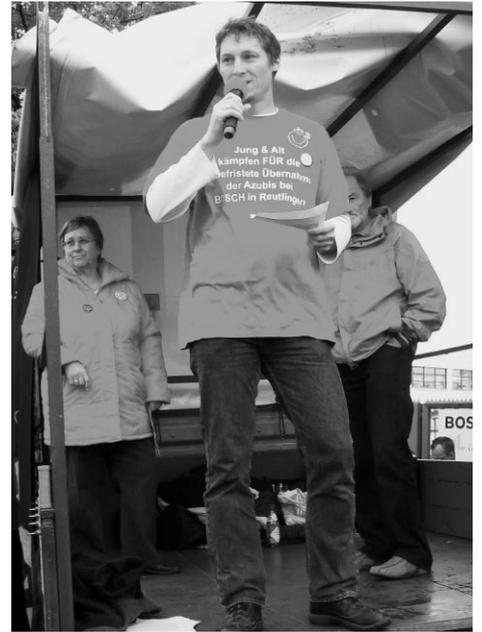
Sehr geehrte Damen und Herren,
wir fordern Sie auf, den Personalabbau hier an unserem Standort zu stoppen! Weder die Abrufsituation noch die wirtschaftliche Lage des Unternehmens rechtfertigen diesen.

Ihr einseitig eingeschlagener Weg ist ein Schlag ins Gesicht von uns Arbeitnehmern.

Wir haben auf Entgelte verzichtet, um „gemeinsam mit allen durch die Krise“ zu gehen.

Jetzt, nachdem die Krise wieder vorbei ist, haben Sie die Pflicht, Beschäftigung hier in Reutlingen anzubieten.

Wir fordern daher Perspektiven für alle Beschäftigten am Standort Reutlingen.



Aus dem Reutlinger Generalanzeiger vom 21.10.2010



Knapp 2 000 Arbeitnehmer nahmen am Mittwoch bei einer Protestaktion vor dem Bosch-Werk in Reutlingen teil. FOTO: TRINKHAUS

Gewerkschaften – Aktion gegen »unsoziale Politik«

Arbeitnehmer protestieren

REUTLINGEN/ULM. Tausende Mitglieder der Gewerkschaften IG Metall und Verdi haben gestern in Baden-Württemberg gegen die aus ihrer Sicht unsoziale Politik der Bundesregierung protestiert. Vor dem Bosch-Werk in Reutlingen demonstrierten knapp 2 000 Menschen zudem gegen den vorgesehenen Abbau von 190 Arbeitsplätzen und die angekündigten Verlagerungen von 160 Stellen nach Stuttgart sowie für die unbefristete Übernahme von Auszubildenden und den Erhalt von Erholzeiten. IG-Metall-Betriebsleiter Jörg Hofmann kritisierte in Ulm das Sparpaket der Bundesregierung. In Esslingen sprach sich der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer, gegen Leiharbeit und die Rente mit 67 aus. (GEA) Seite 31

Arbeitnehmer – Knapp 2 000 Menschen kämpfen um die Höhe und die Qualität von Beschäftigung in Reutlingen

Heftiger Protest vor dem Bosch-Werk

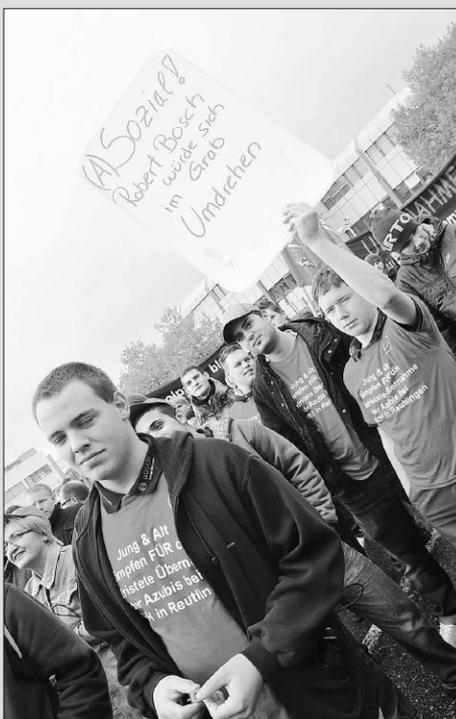
VON UWE ROGOWSKI

REUTLINGEN. Zum Auftakt der Aktionswoche der Industriegewerkschaft (IG) Metall Baden-Württemberg versammelten sich am Mittwoch knapp 2 000 Arbeitnehmer mehrerer Unternehmen aus den Kreisen Reutlingen und Tübingen vor dem Reutlinger Bosch-Werk. Sie protestierten zum einen generell gegen die ihrer Einschätzung nach unsoziale Politik der Bundesregierung. Redner, darunter der Betriebsratsvorsitzende von Bosch in Reutlingen, Daniel Müller, sprachen sich gegen die Zunahme befristeter Stellen, Leiharbeit und die Rente mit 67 sowie gegen das Sparpaket der schwarzgelben Koalition und für Perspektiven von jungen Menschen aus. Zum anderen trieben gleich vier lokalspezifische Protestgründe die Gewerkschaftsmitglieder erst auf die Tübinger Straße und dann zu den Personalchefs am Standort, denen sie eine Resolution überreichten.

Wie berichtet, will die Bosch-Geschäftsführung durch Aufhebungsverträge 190 der 6 700 Arbeitsplätze in Reutlingen abbauen. Gerüchte über die anstehende weitere Streichung von 180 Stellen in Reutlingen hatte die Bosch-Präsenzstelle in Stuttgart jüngst dementiert – den Bosch-Betriebsrats damit aber nicht beruhigt. 120 der angestrebten 190 Aufhebungsverträge sind bereits unterzeichnet. »Nun steigt der Druck auf die Beschäftigten, weil das Ziel 190 erreicht werden soll«, sagte Wulf Siepert, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender von Bosch in Reutlingen, dieser Zeitung. Wer Nein sage, bekomme ein weiteres Gespräch mit den Vorgesetzten.

Verlagerungen nach Stuttgart?

Gewerkschaftssekretärin Maria Rihm berichtete, Bosch habe die Führungskräfte geschult, diese Trennungsgespräche zu führen. Mancher Arbeitnehmer wisse nicht, dass er den Betriebsrat um Hilfe bitten könne. Sie habe den Eindruck, so Rihm, dass Betroffene leicht über den Tisch gezogen werden könnten.



Junge Leute kämpfen für ihre Zukunft bei Bosch in Reutlingen. FOTO: TRINKHAUS

Zweiter lokaler Protestgrund war nach Angaben Sieperths, dass die Bosch-Chefs planen, bundesweit den Einkauf im Großraum Stuttgart zu zentralisieren. Dieses Vorhaben beträfe 160 zum Standort Reutlingen gehörige Kaufleute, die derzeit ihre Arbeitsplätze im ehemaligen Areal der Firma Bissosof in Pfullingen haben. Eine Verlagerung ihrer Arbeitsplätze nach Stuttgart stelle etliche Betroffene vor große Probleme, so Siepert.

Wochenendarbeit gewünscht

Drittens kritisierten die Beschäftigten, dass die Geschäftsleitung bis einschließlich 2014 keinen Auszubildenden in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernehmen wolle. Dies hängt nach früheren Angaben von Bosch mit der Schließung des Werks in Reutlingen-Kommelsbach im vergangenen Jahr und der Versetzung mehrerer Hundert Beschäftigter nach Reutlingen zusammen. Bosch hat derzeit in Reutlingen 210 Auszubildende. Vor allem sie kämpften gestern mit »Übernahme«-Rufen um ihre Zukunft bei Bosch.

Viertens schließlich sprachen sich die Teilnehmer der Kundgebung für den Erhalt der Erholzeiten von Akkordarbeitern aus. Nach Siepert stellen sich die Manager durch deren Abschaffung vor, in Reutlingen über 300 Stellen einsparen zu können. Rihm: »Ich habe das Gefühl, dass die Führungskräfte keine Ahnung haben, was an den Arbeitsplätzen verlangt wird. Man sollte die mal die Arbeit machen lassen damit sie sehen, dass die Erholzeiten sinnvoll sind.« Siepert versteht die Stellenabbau-Pläne auch vor dem Hintergrund der aktuellen Auftragslage in Reutlingen nicht: »Teilweise liegen wir 15 bis 30 Prozent über den Planzahlen, in manchen Bereichen wird Wochenendarbeit gewünscht.« (GEA)

MEHR BILDER ONLINE

Weitere Fotos von der Protestkundgebung beim Bosch-Werk in Reutlingen finden Sie bei GEA-Online im Internet. www.gea.de

Ersetzen Sie die Fluktuation in den Werkstätten und Abteilungen! Nehmen Sie die Vorschläge der Beschäftigten und des Betriebsrates ernst und setzen Sie diese um!

Daher fordern wir:

- Unbefristete Übernahmen und Perspektiven für die Jugend im Unternehmen und am Standort Reutlingen.
- Den Erhalt der bezahlten Erholpausen
- Eine faire Umsetzung der Einkaufszentralisierung im Sinne der Beschäftigten.

Auch Bosch hat die soziale und gesellschaftliche Verantwortung. Diese fordern wir hiermit ein.

Treten Sie mit uns in Verhandlungen, nehmen Sie unsere Forderungen ernst, denn wir werden für unsere Interessen kämpfen und haben dabei einen langen Atem.

Im Auftrag der Belegschaft

Thorsten Dieter Daniel Müller
IG Metall VK Leiter Betriebsratsvorsitzender

Reutlingen, 20.10.2010



Leserbrief

Unfreiwillige Verharmlosung?

Über das Prinzip der Freiwilligkeit beim Abbau von 190 Arbeitsplätzen ließ sich Joachim Siedler, Pressesprecher von Bosch, aus. Fast kommt man dabei ins Schwärmen – wie schön, wenn doch alles nur freiwillig wäre – so wie bei Bosch. Von drei Gesprächen mit den betroffenen Mitarbeitern berichtet uns Joachim Siedler, von einem „Dialog“, der da stattfindet. Ein „Dialog“ mit dem Meister, dem Vorgesetzten, der Personalabteilung.

„Trennungsgespräche“ nennt der Volksmund bei Bosch diese Gespräche und

es ist klar, wer sich von wem trennen will. Bosch entzieht oft langjährigen Mitarbeitern mit solchen Gesprächen das Vertrauen und macht damit klar: deine Lebensgrundlage, dein Einkommen, deine Freude und Bestätigung durch die Arbeit, deinen Einsatz – Bosch will das nicht mehr und braucht dich nicht mehr. Du darfst jetzt ‚freiwillig‘ gehen.

Und dabei, so hört man, hat es bei Bosch gerade wirklich genug ‚Geschäft‘. Es hat sogar soviel ‚Geschäft‘, dass die Belegschaft eben auch ganz freiwillig dagegen protestiert, dass die Auszubildenden nicht übernommen werden und dass Arbeitsplätze abgebaut werden sollen. Nun ja, vielleicht versteht die Belegschaft das Prinzip der

Freiwilligkeit nicht richtig, was dann den Bosch-Pressesprecher zu seinen erklärenden Worten bewegt hat.

Bosch könnte ja – dem eigenen Prinzip der Freiwilligkeit gehorchend – Bosch könnte ja freiwillig die Auszubildenden übernehmen und freiwillig auf den Abbau von Arbeitsplätzen verzichten. So angewandt, würde man das Prinzip der Freiwilligkeit bei Bosch wohl einfacher und besser verstehen können, dann auch ohne die erklärenden Worte von Pressesprecher Joachim Siedler.

Reiner Wolk, MOE-S

Bosch – Unternehmenssprecher nimmt Stellung zum Verfahren beim Abbau von Arbeitsplätzen

Prinzip der Freiwilligkeit gilt

VON FRANZ PFLUGER

REUTLINGEN. »Es gibt keinen Beschluss bei Bosch über den Abbau von weiteren 180 Mitarbeitern«, sagt Joachim Siedler, Pressesprecher der Robert Bosch GmbH (Stuttgart). Die Mitarbeiter des Unternehmens am Standort Reutlingen und ihre Interessenvertretung, der Betriebsrat, hatten vor Tagen eine solche Befürchtung geäußert. Richtig sei aber, dass bei einer unternehmensinternen Veranstaltung die Zahl 180 genannt worden war. Der Grund: Aus Sicht des Unternehmens gibt es einen sogenannten Personalüberhang in dieser Größenordnung.

»Es gibt aber keine vereinbarte Maßnahme«, unterstreicht der Sprecher erneut. »Auch nicht in der Planung.« Siedler kann aber nicht ausschließen, dass zu einem späteren Zeitpunkt dies erfolgt. Wollte das Unternehmen diesen Weg gehen, würden natürlich zuallererst Gespräche mit dem Betriebsrat aufgenommen. Seit Jahren werde an den Standorten von Bosch sehr viel offener als früher über die jeweilige wirtschaftliche Situation gesprochen. Durch diese Offenheit komme es auch zu solchen Aussagen.

Drei Gespräche angeboten

Kritisiert wird von der Arbeitnehmervertretung auch die Art und Weise, wie Bosch aktuell den Abbau von 190 Arbeitsplätzen vorantreibt. Der Betriebsrat spricht von einem großen Druck. Siedler äußert sich auf unsere Anfrage auch zu diesem Verfahren, das in drei Stufen ablaufe. Am Anfang stehe ein Gespräch des betroffenen Mitarbeiters mit dem Vorgesetzten. In der Regel ist das der Meister. Er begründe sachlich, warum gerade dieser Mitarbeiter freiwillig das Unternehmen verlassen soll. Nach 14 Tagen komme es erneut zu einem Dialog in dieser Konstellation. Es folgt ein drittes Ge-

spräch mit der Personalabteilung. Bleibt der Betroffene bei seinem Nein, bleibe es beim Prinzip der Freiwilligkeit, unterstreicht Siedler.

Der Sprecher nimmt auch Stellung zu dem Gerücht, der Bosch-Konzern konzentriere die Einkäufe der verschiedenen Werke am Standort Stuttgart. Circa 160 Personen wären nach Angaben der Arbeitnehmervertretung Reutlingen am Standort Pfullingen von der Umstrukturierung betroffen. Richtig sei, dass die verschiedenen Arbeitsprozesse kontinuierlich nach ihrer Wettbewerbsfähigkeit überprüft würden.

Einkauf sei ein internationales Thema und auch der Standort Reutlingen sei international vernetzt. Daran arbeite man schon seit mehreren Monaten. »Wir müssen auf die Märkte angemessen reagieren und überprüfen, ob das entsprechende Leistungsspektrum für die Zeit 2010 und danach gegeben ist.« Eine Entscheidung dazu gebe es aber nicht. Dieses Thema berühre selbstverständlich nicht nur Reutlingen und nicht nur Deutschland. Bosch hat in Deutschland circa 40 bis 50 große Standorte mit eigenen Einkaufsabteilungen.

Protest gegen Regierung

Die Beschäftigten des Bosch-Konzerns protestierten am Mittwoch an verschiedenen Standorten gegen die Sparpolitik der Bundesregierung. Öffentliche Aktionen gab es an den Standorten Bühl, Feuerbach, Schillerhöhe und Crailsheim. Am Standort Reutlingen/Kusterdingen gab es nach Angaben des Betriebsrats innerbetriebliche Aktionen, die die Fertigung aber nicht störten. Demonstriert wurde vornehmlich gegen Rente mit 67, Atompolitik und die jüngsten Beschlüsse, energieintensive Betriebe weiterhin bei der Ökosteuer zu schonen und dafür die Raucher zu belasten. (GEA)

Kommentar von Daniel Müller zum Artikel „Prinzip der Freiwilligkeit gilt“, in dem die Sicht der Bosch-Presseabteilung auf der Schillerhöhe wiedergegeben ist

Wenn ich mich an die Mitarbeiterinformationen des Bereichsvorstandes, Herrn Kübel, oder an die Berichte der Leitung bei unseren Betriebsversammlungen erinnere, hören sich die jetzigen Botschaften an die Belegschaft ganz anders an. Zuerst sprach man davon, dass versucht würde, 190 Aufhebungsverträge mit Abfindungen abzuschließen. Wenn dies gelänge, läge in 2011 der Personalüberhang bei 180 Beschäftigten, wenn alle Maßnahmen (wie ATZ, Fluktuation usw.) kommen würden wie im Wirtschaftsplan unterstellt.

Fakt ist, dass die momentane Abrufsituation deutlich über dem Wirtschaftsplan liegt. Auch der Betriebsrat hat dies in allen Veranstaltungen entsprechend hinterfragt. Warum reagiert die Leitung darauf nicht? Warum versucht man jetzt in der Öffentlichkeit, die genannten Personalabbauzahlen entsprechend zu verharmlosen?

Wir bleiben bei unserer Einschätzung und unserer Aussage, dass die Standortleitung mit ihrem Vorgehen Ängste schürt, Ängste um den Arbeitsplatz und um die Zukunft des Standortes.

Und dann die Frage nach den ‚Trennungsgesprächen‘. Werden wirklich drei Gespräche „angeboten“? Nach den Aussagen, die man in den Schulungen für Vorgesetzte bekommt, und in den Gesprächen mit der Personalabteilung heißt es: „Ein Personalgespräch kann kein Mitarbeiter ablehnen“. Folglich werden die Gespräche nicht angeboten, sondern angeordnet. Eine Freiwilligkeit besteht in dieser Hinsicht nicht!

Wenn es sich lediglich um Gerüchte handeln würde, dass der Einkauf zentralisiert wird, dann frage ich mich,



wieso die Verhandlungspartner der Zentrale sich immer beklagen, man würde als Gesamt- und Konzernbetriebsrat zu lange für Entscheidungen benötigen. Dasselbe gilt auch für den Reutlinger Betriebsrat. Trifft er Entscheidungen, die sich gegen die Zielsetzung der Geschäftsführung richten, den Einkauf auch räumlich zu zentralisieren, wird Unverständnis geäußert.

Die Tausende der Reutlinger und Kusterdinger Belegschaften haben deutlich verstanden, was die Leitung will und wie sie es vor hat, ihr Ziel zu realisieren. Das lässt sich auch durch schön klingende Texte in der Presse nicht ändern. Die Leitung hat die Möglichkeit, auf den Betriebsversammlungen die Dinge richtig zu stellen, verpasst – oder es eben nicht gewollt. Die Stellungnahme der Presseabteilung von Bosch spiegelt deshalb aus unserer Sicht nicht die Realität wieder. Vielmehr wird darin versucht, die Tatsachen zu verwässern und die Öffentlichkeit zu beruhigen. Schließlich ist Bosch ja ein „soziales Unternehmen“, das solche überzogenen Vorwürfen weit von sich weist.....

Wie geht es jetzt weiter?

Am 8. November wird es ein Grundlagengespräch zwischen dem Vorsitzenden des Bereichsvorstands, Christoph Kübel, und AE/HR, Ingrid Peters, und der Leitung des Betriebsrats, Daniel Müller und Wulf Siefert, geben. Danach wird sich zeigen, ob die Firmenseite bereit ist, mit dem Betriebsrat ernsthaft zu verhandeln, ob sie Abstand davon nimmt, ihre Ziele der Belegschaft zu diktieren und ob sie endlich konstruktiv die zahlreichen Vorschläge des Betriebsrats abarbeiten will. Der Vertrauenskörper der IG Metall hat beraten und beschlossen, es von dem Ausgang des Gesprächs abhängig zu machen, ob wir die Situation weiter eskalieren und den Druck der Belegschaft erhöhen müssen. Für beide Fälle haben wir bereits konkrete Pläne geschmiedet und Strategien entworfen. Wir sind also gerüstet, schnell und gezielt uns weitere Male in der Öffentlichkeit zu zeigen und uns Gehör zu verschaffen. Die IG Metall wird uns dabei unterstützen. Gemeinsames Handeln wird uns weiterbringen. **Denn wir lassen uns nichts überstülpen, sondern wir wollen und werden unsere Zukunft mit gestalten!**

1001 Grund, Mitglied in der IG Metall zu sein

27. von 1001 Grund:

Senel Cetinkaya (RtP2/MFT-W078500 und Betriebsrat): „...weil die IG Metall als starke Gewerkschaft meine Interessen im Betrieb sehr gut vertritt.“

28. von 1001 Grund:

Christian Rathai (RtP2/MFT-W078410): „...weil ich Unterstützung von ihr während meines derzeitigen Studiums bekomme.“

29. von 1001 Grund:

Stefan Schweinbenz (RtP2/MFT-W078410): „...weil sie bei Problemen hinter einem steht und meine Interessen vertritt.“

972 weitere Gründe von 972 IGM-Mitgliedern folgen...

Impressum *in+direkt*:

Herausgeber: IG Metall-Vertrauenskörper (VK) Bosch

Verantwortlich: VK-Leiter, Thorsten Dietter

Redaktion: IG Metall Vertrauenskörperleitung (VKL)

Koordination, Layout: Albert Kunze, Holger Wendt, Tina Otromke

Satz, Druck, Herstellung: Druckhaus Lorch, Pfullingen

Kontakttelefon: 071 21/35-3 98 05

Fax: 071 21/35-13 90

E-mail: Thorsten.Dietter@de.bosch.com, Buelent.Bengi@de.bosch.com

Beitrittserklärung

Vorname	Name	Geburtsdag	
Strasse	Hausnummer	Geschlecht <input type="radio"/> weiblich <input type="radio"/> männlich	
PLZ	Wohnort	Nationalität	
Abteilung/Werkstatt	Stamm-/Personalnummer	Telefonnummer (für eventuelle Rückfragen)	
<input type="radio"/> Arbeiter/In	<input type="radio"/> Kaufmännische/r Angestellte/r	Beschäftigt bei	
<input type="radio"/> Angestellte/r	<input type="radio"/> Technische/r Angestellte/r	Ort	
<input type="radio"/> Azubi	<input type="radio"/> Gewerbliche/r Arbeitnehmer/in	Einzugsermächtigung/ Bankverbindung	
<input type="radio"/> Student/in	<input type="radio"/> Teilzeit	Bankleitzahl:	
Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle.			Bank:
Ich bin darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften personenbezogene Angaben über mich durch organisatorische Personengruppen der IG Metall sowie mit Hilfe von Computern verarbeitet. Eine Weitergabe der Daten zu Marketingzwecken findet nicht statt.			Konto-Nr.:
Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit zu Lasten meines angegebenen Girokontos einzuziehen.			
Diese Ermächtigung kann ich nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende gegenüber der IG Metall widerrufen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.			Unterschrift
Datum			

KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN



Kopflös, hirnlos, herzlos: Weg mit der Kopfpauschale!

In Zukunft sollen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen allein von den gesetzlich Versicherten gezahlt werden. Eine gute und gerechte Gesundheitsversorgung sieht anders aus!

13.11.
Schlossplatz
Stuttgart

**Kurswechsel für ein
gutes Leben**

IG Metall Baden-Württemberg
**STRATEGIE
ZUKUNFT**

KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN



Bin ich ein Leibvertrags- stikant?

Vielen Azubis droht nach der Ausbildung Leiharbeit, Kurzfristvertrag, unbezahltes Praktikum oder gar Arbeitslosigkeit.

13.11.
Schlossplatz
Stuttgart

**Kurswechsel für ein
gutes Leben**

IG Metall Baden-Württemberg
**STRATEGIE
ZUKUNFT**

Kurswechsel für ein gutes Leben

13.11.2010 Schlossplatz Stuttgart
Demonstration und Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbunds DGB, Hauptredner: Bertold Huber, Vorsitzender der IG Metall

Busabfahrt in Reutlingen, Bösmannsäcker,
Treffen: 9:45 Uhr, Abfahrt: 9:55 Uhr,
Kundgebungsende: ca. 14 Uhr, Rückfahrt: ca. 14:30 Uhr

Kostenlose Mitnahme der Kolleginnen und Kollegen samt Familien und Freundeskreis!

Bitte anmelden bis zum 10.11.2010 beim Betriebsratsbüro, Tel: 35-2308



Reden wir nicht nur vom Widerstand gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung, sondern zeigen wir ihr die Rote Karte durch eine Teilnahme an der Großdemonstration aller DGB-Gewerkschaften!

13.11.
Schlossplatz
Stuttgart

**Kurswechsel für ein
gutes Leben**

Azubi übernommen – qualifizierte Fachkraft gewonnen!

Kluge Unternehmen sichern sich heute
dauerhaft die gesuchten
Fachkräfte von morgen! Nur so bleibt
Deutschland wettbewerbsfähig.

13.11.
Schlossplatz
Stuttgart **Kurswechsel für ein
gutes Leben**

IG Metall Baden-Württemberg
**STRATEGIE
ZUKUNFT**

Rente mit 67 heißt Altersarmut fördern.

Die Bundesregierung redet von der Rente
mit 67 – meint aber in Wirklichkeit eine massive
Rentenkürzung. Wer wird schon mit 67
noch einen Arbeitsplatz haben und den
vollen Rentenbeitrag erhalten?
Wenn das Rentenniveau aber so drastisch
gesenkt wird, heißt dies für
viele Menschen einfach
nur noch Altersarmut.

13.11.
Schlossplatz
Stuttgart **Kurswechsel für ein
gutes Leben**

IG Metall Baden-Württemberg
**STRATEGIE
ZUKUNFT**



**Wie viele Halbleiter ich hergestellt habe? Auf
jeden Fall genug, um jetzt halblang zu machen.**

Auf eine lange und gute Zeit im Job sollte eine lange und gute Zeit im Leben folgen.
Um wieder mehr Zeit mit Familie und Freunden zu verbringen oder um sich sozial zu engagieren.
Mehr Infos unter www.igmetall.de

Für jung.
Für alt.
Für alle.

Neue Altersteilzeit